



Es ist etwas Ruhe eingekehrt in die Wohnanlage an der Äußeren Passauer Straße. Es leben dort derzeit viele alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern aus verschiedenen afrikanischen Ländern. Unterstützung sollen sie nach der Vorstellung der Behörden vor allem durch Ehrenamtliche bekommen. Foto: Eva Bernheim

# Ehrenamtliche statt Profis

Wohnanlage Äußere Passauer Straße: Oberflächlich hat sich die Situation entspannt. Die Bewohner brauchen trotzdem Unterstützung. Die soll weiter von Freiwilligen kommen

Von Eva Bernheim

Mit der roten Überschrift „Wichtig“ und drei Ausrufezeichen versehen klebt ein Zettel an einigen Eingangstüren der Staatlichen Wohnanlage an der Äußeren Passauer Straße. Darunter folgt die Erklärung, dass Handwerker in der Wohnung Schimmelspuren entfernen müssen und die Bewohner bitte anwesend sein sollen. Ob die Angesprochenen dies auch verstanden haben, ist nicht bekannt. Die Anlage hat in den fünf Jahren nach ihrem Erstbezug Anfang 2017 bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich.

Die 20 Wohneinheiten mit zwei Zimmern und 45 Quadratmetern waren infolge der großen Fluchtbewegung von 2015/16 konzipiert und schnell hochgezogen worden. Heute wohnt nur noch eine Familie der ersten Stunde in der Anlage. Drei Wohnungen sind derzeit nicht oder noch nicht neu vermietet, weil sie saniert werden mussten: Wasserschäden, Schimmelbefall. Während anfangs überwiegend Geflüchtete aus dem Irak und Syrien dort lebten, sind es derzeit nach Auskunft der zuständigen Regierung von Niederbayern rund 50 Personen, vorwiegend „afrikanischer Herkunft“. 14 Wohnungen werden nach wie vor an anerkannte Asylbewerber vergeben, sechs von der Stadt an einkommensschwache Straubinger. Für die Geflüchteten ist es oft die erste „eigene“ Wohnung nach der Gemeinschaftsunterkunft.

## Viele alleinerziehende Mütter mit Kindern

Für die Nachbarn der Anlage, die über Lärmbelästigung etwa durch ausgedehnte Grillfeste oder Fußballturniere sowie Sperrmüllansammlungen geklagt hatten, habe sich die Situation etwas entspannt. „Es sind viele alleinerziehende Frauen mit Kindern, sie leben eher zurückgezogen“, berichtet Martin Schaller, Ehrenamtskoordinator und Integrationslotse am Freiwilligenzentrum, dem die Anlage von Beginn an am Herzen lag. Allerdings existiere der Helferkreis, der in der Anfangszeit vielen Bewohnern bei Behördengängen, Nebenkostenabrechnungen und anderen Alltagsfragen zur Seite stand, längst nicht mehr. Die Ehrenamtlichen seien mit den Familien „ausgezogen“, die Coronapandemie habe ihr Übriges getan, so Schaller, die Anlage sei aus dem Blick geraten.

Dies bedeute keineswegs, dass die jetzigen Familien keine Unterstützung benötigten. Kleines Beispiel: Das warme Wasser wird in den Wohnungen durch Strom erzeugt, was natürlich eine hohe Rechnung nach sich zieht. Dafür gebe es eine Unterstützung vom Jobcenter, die aber gesondert beantragt werden müsse. „Das wissen die Bewohner aber nicht“, berichtet Schaller aus Erfahrung.

## Gemeinschaftsraum blieb ungenutzt

Beim Bau der Anlage wurde sogar an eigene Räume gedacht, die sich für Aktivitäten aller Art eigentlich anbieten: Nachhilfe, Sprachkurse, Versammlungen. In der Anfangszeit wurde der Gemeinschaftsraum samt Nebenraum mithilfe von Spenden ausgestattet mit Möbeln und Spielzeug von Bilderbüchern bis zum Kickerkasten. Alles steht seit langem ungenutzt da, nicht nur wegen Corona. Der Raum war nicht oder nur sehr schwer zugänglich, da die Stadtverwaltung die Schlüssel-

gewalt hatte. Erst nach Intervention von CSU-Fraktionsvorsitzendem Holger Frischhut und einem von ihm initiierten Runden Tisch, an dem Vertreter der Regierung und der Stadt teilnahmen, landete der Schlüssel wieder beim Integrationslotsen.

In der ursprünglichen Konzeption war der Raum sogar für eine hauptamtliche sozialpädagogische Betreuung vorgesehen. Dies war in einer Versammlung Ende 2016 den zukünftigen Nachbarn versprochen worden. In der Projektbeschreibung des Staatlichen Bauamtes Passau hieß es: „Ein Hausverwalter (Sozialarbeiter) übernimmt vor Ort die ständige Betreuung der Flüchtlinge. Hierzu ist ein Büro ausgewiesen.“ Die Regierung von Niederbayern, die eine Zuständigkeit für sozialpädagogische Betreuung stets zurückgewiesen hatte, setzt hingegen weiterhin auf das Ehrenamt.

Auf Anfrage teilte die Pressestelle mit: „Der Integrationslotse wird sich aktiv an der Betreuung der Bewohner der Wohnanlage beteiligen. Er wird verstärkt, auch mit ehren-

amtlich Tätigen, die Mieter unterstützen und als Helfer und Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen.“

## Integrationslotse künftig in Vollzeit nur für die Stadt

Stadtrat Frischhut hatte die Idee, die Betreuung der Wohnanlage an das Quartiersmanagement Straubing-Ost am Schanzlweg anzubinden. Die Stelle wurde bekanntlich mittlerweile etabliert, in der Äußeren Passauer Straße baut die Stadt aber offenbar ebenfalls auf das Ehrenamt. Ab 2023 solle die Stelle des Integrationslotsen um das Doppelte aufgestockt werden, so Pressesprecher Johannes Burgmayer auf Anfrage.

Künftig werde es eine Vollzeitstelle nur für die Stadt geben. Bisher war Martin Schaller auch für den Landkreis zuständig. „Im Förderantrag ist bei der Beschreibung der künftigen Aufgaben des Integrationslotsen für die Stadt Straubing auch die Betreuung der Wohnanlage enthalten“, so die Stellungnahme. Allerdings heißt es einschränkend auch: „Die Genehmigung des Förderantrages ist abzuwarten.“ Erst dann könne eine belastbare Aussage über den Umfang getroffen werden.

Bis dahin gibt es weiterhin für die Bewohner im Prinzip nur die Hausverwaltung als Ansprechpartner. Diese hat mittlerweile zum zweiten Mal gewechselt und ist derzeit nur interimsmäßig besetzt. Der Sitz der Firma ist nach wie vor nicht vor Ort, sondern in einem Nachbarlandkreis. Nach Auskunft der Regierung von Niederbayern laufe eine neue Ausschreibung und bis Mitte des Jahres solle die Verwaltung neu vergeben sein. „Die Präsenz des Verwalters vor Ort, in der Anlage, wird ein entscheidendes Kriterium sein. Die unkomplizierte Ansprechbarkeit der Hausverwaltung trägt wesentlich zur Zufriedenheit aller Beteiligten bei“, so die Stellungnahme der Regierungs-Pressestelle. Man könnte es auch ausdrücken wie Stadtrat Frischhut: „Man muss doch präventiv vorgehen“.

## Info

Auch ukrainische Kriegsflüchtlinge können sich bei der Regierung von Niederbayern um eine Wohnung an der Äußeren Passauer Straße bewerben. Bisher habe es jedoch noch keine Anfragen gegeben, so die Auskunft der Pressestelle.

## KOMMENTAR

### Nicht zu Ende gedacht

Die Staatliche Wohnanlage an der Äußeren Passauer Straße sollte vor fünf oder sechs Jahren im Rahmen des „Wohnungspakts Bayern“ ein Zeichen für das schnelle, effektive Handeln des Freistaates setzen, um unbürokratisch Wohnraum für die neu angekommenen Geflüchteten bereitzustellen. Die Idee war gut, man hätte ein Vorzeigebispiel für Integration schaffen können. In der Umsetzung war das Projekt jedoch nicht zu Ende gedacht. Die Wohnungen sind zwar quadratisch, praktisch, gut, aber in vielen Fällen zu klein.

Alle sind gleich groß – nur 45 Quadratmeter – wurden jedoch teilweise bewohnt von bis zu siebenköpfigen Familien, die mangels Alternativen auch nicht so einfach ausziehen konnten. Dass die Anlage dadurch nach nur kurzer Zeit bereits in die Jahre gekommen scheint, ist kein Wunder.

Noch weniger befriedigend als Architektur und Raumteilung ist jedoch die behördlicherseits zugrundeliegende (realitätsferne)

Vorstellung, wie das Zusammenleben der höchst unterschiedlichen Bewohner auf engstem Raum und fast gänzlich ohne Begleitung funktionieren soll.

Auch nach ihrem Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft blieben Defizite in Sprache und im Umgang mit deutscher Bürokratie. Es fehlt eine Ansprechperson vor Ort (wenigstens für ein paar Stunden pro Woche), auch die Vernetzung der verantwortlichen Akteure. Die Gemeinschaftsräume, die sich bestens eignen würden für Beratung und Betreuung – trotz Corona – sind seit zwei Jahren verwaist. Eine schwer erreichbare Hausverwaltung und ein Integrationslotse, der für eine ganze Stadt und einen Landkreis zuständig ist, sind zu wenig, die Probleme programmiert. Das Ehrenamt soll es wieder einmal herausreißen. Doch Freiwillige lassen sich angesichts der großen Zahl neuer Geflüchteter aus der Ukraine sicher nicht beliebig vermehren.

Eva Bernheim